



Wahlprüfsteine der Arbeitsgruppe Ökologische Landwirtschaft Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

1. Bitte führen Sie aus, welchen Stellenwert der Ökolandbau in Ihrer Partei hat.

Antwort:

Wir als SPD bekennen uns zur flächendeckenden Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz. Der ökologische Landbau nimmt dabei eine immer wichtigere Stellung ein. Wir wollen die alle Landwirtinnen und Landwirte in Rheinland-Pfalz dabei unterstützen, für die Sicherheit der Ernährung zu sorgen, qualitativ hochwertige regionale Produkte zu erzeugen und sich für den Erhalt unserer Kulturlandschaft einzusetzen. Dabei setzen wir auf ein gleichberechtigtes Miteinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft.

2. Bitte erläutern Sie, wie Ihre Partei die Rahmenbedingungen gestalten und welche Anreize Sie konkret anbieten möchten, damit das Ziel von 20 Prozent ökologischer Landwirtschaft bis zum Jahr 2030 erreicht wird.

Antwort:

Die SPD-geführte Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den ökologischen Landbau zu stärken und auf mittelfristig 20 % Flächenanteil zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde im Oktober 2018 der erste Öko-Aktionsplan für Rheinland-Pfalz mit 42 Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dieser wurde nun evaluiert und aktualisiert und um weitere Maßnahmen ergänzt. Wir sind überzeugt, dass wir mit diesen Maßnahmen das Ziel, den ökologischen Landbau in Rheinland-Pfalz zu stärken und auszubauen, erreichen werden.

3. Bitte führen Sie aus, welche Maßnahmen Ihre Partei für die Ausgestaltung des Öko-Aktionsplans RLP in der kommenden Legislaturperiode ergreifen will.

Antwort:

Um die Ausweitung des ökologischen Landbaus weiter zu unterstützen, hat die SPD-geführte Landesregierung die Maßnahmen des ersten Öko-Aktionsplans überprüft und angepasst. Im nun vorliegende zweiten Öko-Aktionsplan sind acht neue Maßnahmen hinzugekommen. Dies sind z.B. Maßnahmen zur Praxiserprobung von Anpassungsoptionen im Pflanzenbau an den Klimawandel sowie zur Optimierung der Nährstoffversorgung auf ökologisch wirtschaftenden Betrieben. Bei der Umsetzung der 2022 in Kraft tretenden EU-Öko-Verordnung wollen wir Unternehmen zusätzlich Informationen zu den neuen rechtlichen Vorgaben bereitstellen. Das Projekt „Partnerbetrieb Tierschutz Rheinland-Pfalz“ soll durch ein landeseigenes, staatlich überwacht Zertifizierungssystem ergänzt werden, das ökologisch wirtschaftenden Betrieben offenstehen und deren regionale Vermarktung unterstützen soll. Die Verbraucherkommunikation

mit Blick auf die Bedeutung des ökologischen Landbaus und biologischer Lebensmittel soll verbessert und dieses Thema zum Schwerpunkt der Öko-Aktionstage Rheinland-Pfalz gemacht werden.

4. Bitte führen Sie aus, wie Ihre Partei das Ziel 25 Prozent Ökologische Lebensmittel in der Außer-Haus-Verpflegung, in allen öffentlichen Kantinen umsetzen will.

Antwort:

Die Gemeinschaftsverpflegung bietet einen praktikablen Weg, den Absatz mit ökologischen, in der Region erzeugten Lebensmitteln zu erhöhen. Um dies zu erreichen, müssen Anbieter passgenau beraten und unterstützt werden. Dazu gab es bereits im ersten Öko-Aktionsplan das Projekt „Pilotregionen Rheinland-Pfalz: Gemeinsam nachhaltig und gesundheitsfördernd essen in Kita, Schule und Mensa“. Damit wurden Träger und Einrichtungen dabei unterstützt, den Anteil biologischer Lebensmittel auf 30 % und regionale Lebensmittel anteilig auf 50 % zu erhöhen. Insbesondere die Landesinitiative „Rheinland-Pfalz isst besser“ konnte dazu beitragen, da sie landesweit durch die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Rheinland-Pfalz und die Ernährungsberatung an den sechs Dienstleistungszentren Ländlicher Raum vertreten ist. Und auch das Thema Ernährungsbildung spielt für uns eine große Rolle, um Kindern und Jugendlichen den Wert ökologischer, regionaler und saisonaler Lebensmittel nahezubringen. Die SPD-Fraktion hat sich dafür im aktuellen Haushalt für die Anschaffung eines zweiten Kochbusses eingesetzt. Eine weitere Maßnahme im zweiten Öko-Aktionsplan besteht daher auch darin, auch in den Landeskantinen eine nachhaltigere und gesundheitsfördernde Ausrichtung des Verpflegungsangebotes zu erreichen.

5. Wird Ihre Partei eine landesweite Kampagne zur Ausweitung des Einsatzes von Bio-Produkten in der Außer-Haus-Verpflegung anstoßen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Antwort:

Eine solche Kampagne können wir uns durchaus vorstellen, die Finanzierungsmöglichkeiten müssen dann entsprechend geprüft werden.

6. Wird Ihre Partei eine Marketingkampagne zur Heraushebung der positiven gesellschaftlichen Leistungen des Sektors ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft gegenüber einer breiten Öffentlichkeit als Marktstützung und zur Nachfragestimulierung anstoßen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Antwort:

Die Hervorhebung des Werts der ökologischen Landwirtschaft und der Versorgung mit regionalen und saisonalen Lebensmitteln sollen wie oben erwähnt künftig noch stärker einer der Schwerpunkte der Öko-Aktionstage Rheinland-Pfalz sein. Inwieweit dies mit einer zusätzlichen Marketingkampagne ergänzt werden kann, muss geprüft werden.

7. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung eines zukunftsfähigen Weinbaus mit widerstandsfähigeren Reben? Werden Sie sich diesbezüglich für adäquate Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen einsetzen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Antwort:

Der Klimawandel und die Bewältigung seiner Folgen sind die größten künftigen Herausforderungen für die Landwirtinnen und Landwirte sowie die Winzerinnen und Winzer in Rheinland-Pfalz. Wir als SPD werden sie dabei unterstützen, indem wir in Forschung, Digitalisierung und

Erprobung neuer, klimaangepasster Anbaumethoden investieren. Eine entsprechende Kommunikationsstrategie ist für uns dabei selbstverständlich.

8. Wird Ihre Partei die Maßnahme „Öko-Aktionstage Rheinland-Pfalz“ fortführen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Antwort:

Die Öko-Aktionstage Rheinland-Pfalz sind ein erfolgreiches Format, das wir mit angemessener finanzieller Ausstattung wie oben erwähnt weiter fortführen werden.

9. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei für die Erhaltung, den Ausbau sowie die Förderung der staatlichen Beratung (KÖL) sowie der privatrechtlich ELER geförderten Beratung?

Antwort:

Gute und passgenaue Beratung ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg, nicht nur im Bereich des Ökologischen Landbaus. In Rheinland-Pfalz leistet das Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau (KÖL) dazu einen wichtigen Beitrag. Wie bereits im ersten Öko-Aktionsplan beschrieben, verfolgt die SPD-geführte Landesregierung auch weiterhin das Ziel, dieses seiner Aufgabe entsprechend auszustatten und damit der steigenden Bedeutung des Ökologischen Landbaus in Rheinland-Pfalz gerecht zu werden. Fördermöglichkeiten wie das ELER-Entwicklungsprogramm EPLR-EULLE, das die Förderung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft und die Entwicklung ländlicher Räume zum Ziel hat, sind eine wichtige Unterstützung der Landwirtinnen und Landwirte in Rheinland-Pfalz. Die ökologische Landwirtschaft profitiert besonders von Maßnahmen des Programms „Entwicklung von Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft (EULLa)“ im Rahmen des EPLR-EULLE Programms, denn dieses umfasst die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) und die Förderung des ökologischen Landbaus. Wir wollen das erfolgreiche ELER-Entwicklungsprogramm mit seinen auch dem ökologischen Landbau dienenden Maßnahmen beibehalten und prüfen, inwieweit nach Bedarf und Möglichkeiten Erweiterungen möglich sind.

10. Wie will Ihre Partei das Ökologische Versuchswesen sowie das Projekt Leitbetriebe unter Berücksichtigung steigender Umstellungszahlen fördern?

Antwort:

Sowohl das Ökologische Versuchswesen als auch das Projekt Leitbetriebe sind wichtige Faktoren auf dem Weg zu mehr Ökologischem Landbau in Rheinland-Pfalz. Wir planen, an beidem festzuhalten und auch künftig für eine auskömmliche finanzielle und personelle Ausstattung dieser wichtigen Projekte zu sorgen.

11. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei für die Reform der beruflichen Ausbildung und zeitgemäßen Berücksichtigung der Themen des ökologischen Landbaus in den Lehrplänen und den Prüfungen?

Antwort:

Rheinland-Pfalz ist ein starkes Land der beruflichen Bildung. Für uns als SPD gilt: Wir sichern unsere vielfältige Fort- und Weiterbildungslandschaft, gerade auch in den „Grünen Berufen“. Die verschiedenen Akteure und Angebote der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung wollen wir über alle Qualifizierungsarten hinweg noch stärker vernetzen, damit sie voneinander lernen und profitieren können. Dafür sichern und stärken wir die finanzielle Ausstattung unserer Partnerinnen und Partner in diesem Bereich. Im Bereich der Landwirtschaft sind die Land-

wirtschaftskammern und DLRs unsere starken und verlässlichen Partner, wenn es um die Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses geht. Dieses bewährte System wollen wir weiter stärken. Uns ist wichtig, dass die Stätten der Aus- und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz auf der Höhe der Zeit sind und ihre Angebote dem neuesten Stand der Wissenschaft entsprechen, dazu gehören für uns auch selbstverständlich die Themen des ökologischen Landbaus.

12. Wird sich Ihre Partei für die Anerkennung des Ökolandbaus als Ausgleichsmaßnahme (PiK) stark machen?

Antwort:

Bereits im ersten Öko-Aktionsplan war es Ziel der Maßnahme „Der ökologische Landbau als Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahme“, durch die Anerkennung der Umstellung der ökologischen Bewirtschaftung als Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahme (PiK) langfristig die Artenvielfalt und den Biotopwert von landwirtschaftlich genutzten Flächen zu erhöhen. Diese Maßnahme wird auch im zweiten Öko-Aktionsplan weitergeführt.

13. Was halten Sie davon, einen nennenswerten Teil der bisher „gleichberechtigt“ über die Fläche verteilte Basisprämie konsequent in Richtung einer einkommenswirksamen Entlohnung für die Erbringung bestimmter gesellschaftlicher Leistungen in den Bereichen Umwelt, Klima und Tierwohl zu lenken? Sind Sie bereit, sich für eine schrittweise Umwidmung der Basisprämie in diesem Sinne einzusetzen?

Antwort:

Wir als SPD setzen uns für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Die Pariser Klimaziele, der Green Deal sowie die Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategie müssen dabei zwingend in der Agrarpolitik verankert werden. Die Landwirtschaft muss wie alle anderen Sektoren ihren Beitrag leisten, damit wir bis spätestens 2050 klimaneutral leben und wirtschaften können. Auch die weltweiten Auswirkungen unseres Agrarmodells müssen berücksichtigt werden. Keinesfalls darf es zu Fluchtursachen beitragen. Die hierfür notwendigen Veränderungen erfordern eine weitreichende Neuausrichtung der politischen Rahmenbedingungen, insbesondere der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) und ihrer nationalen Umsetzung. Leitlinie dafür ist, Landwirtinnen und Landwirten zielgerichtet darin zu unterstützen, die Belange von Klima-, Umwelt- und Naturschutz bei ihrer Arbeit wirksam zu berücksichtigen und den Betrieben damit zugleich neue Einkommensmöglichkeiten zu eröffnen.

Erstmals wird ein Teil der bisherigen pauschalen Flächenzahlungen für konkrete öffentliche Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte verbindlich reserviert. Wir wollen in einem ersten Schritt mindestens 30% der Direktzahlungsmittel für diese Öko-Regelungen (Eco Schemes) einsetzen. Wir sehen es als besonders wichtig an, den Landwirtinnen und Landwirten für die Umsetzung einen praktikablen Werkzeugkoffer bereit zu stellen. Grundlage für die Honorierung sollte ein Punktesystem sein. Die zurzeit diskutierte Gemeinwohlprämie bietet dafür die richtigen Instrumente an. Ziel ist es, ab 2027 alle pauschalen Flächenzahlungen umzuwidmen. Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind etwa die Reduktion von Nährstoffüberschüssen und Pflanzenschutzmitteleinsatz, vielfältige Fruchtfolgen, eine umwelt- und tiergerechte Grünlandnutzung sowie die Bereitstellung von Flächen mit besonderem Wert für die Artenvielfalt. Die Maßnahmen und Zahlungen sind regional und flächenspezifisch differenziert auszugestalten, eine mehrjährige Teilnahme ist höher zu honorieren. Daneben sind ein erheblicher Ausbau von regionalen Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, von Investitionen für Klima- und Umweltschutz in der Landwirtschaft (etwa für den Moorschutz) sowie einer begleitenden qualifizierten Beratung notwendig. Zur Finanzierung dieser spezifischen Maßnahmen ist die Umschichtung in die 2. Säule essenziell. Allein um den Status quo zu halten, wären 10 Prozent der Direktzahlungen erforderlich; das wird jedoch nicht ausreichen, um die bestehenden Bedarfe

zu decken. Wir setzen uns als ehrgeiziges Ziel, bundesweit bis zum Jahr 2030 in Deutschland 30% der landwirtschaftlich genutzten Flächen nach den Vorgaben des ökologischen Landbaus zu bewirtschaften, um eine Harmonisierung mit den europäischen Zielen zu erreichen. Der ökologische Landbau deckt viele Belange, die an eine umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft gestellt werden, vollumfänglich ab. Damit dieses Ziel erreichbar wird, brauchen wir eine starke Finanzierung aus der GAP und eine zusätzliche Unterstützung des ökologischen Landbaus aus Bundesmitteln.

Auch bei der Konditionalität, den Basis-Anforderungen an alle Empfängerinnen und Empfänger von flächenbezogenen Zahlungen, müssen die Mitgliedstaaten ambitionierte Festlegungen treffen. Sinnvoll ist hier aus unserer Sicht einen Mindestanteil an tatsächlich nicht produktiven Flächen im Umfang von 5 % der Acker- und Dauerkulturfläche, um zusammen mit den Öko-Regelungen und Agrarumweltmaßnahmen einen Anteil von mindestens 10 % der landwirtschaftlichen Fläche für die Artenvielfalt zu erreichen. Das Erhaltungsgebot für Dauergrünland ist unserer Ansicht nach fortzusetzen.

14. Wird sich Ihre Partei für die Einführung klarer ökologischer Vorgaben bei der Verpachtung landeseigener Flächen einsetzen?

Antwort:

Bei der Verpachtung landeseigener Flächen setzen wir auf eine Bewirtschaftung, die nachhaltig ist und die Regeln guter fachlicher Praxis einhält.

15. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, Förderungen für Stallneu- beziehungsweise Stallumbauten zukünftig nur noch für besonders artgerechte Tierhaltungssysteme zu gewähren?

Antwort:

Wir als SPD setzen uns für eine Überarbeitung der Nutztierhaltung ein. Nutztiere in Deutschland brauchen mehr Luft, mehr Licht und mehr Platz und Auslauf bzw. Weidegang als bisher. Die Haltungsbedingungen müssen den Tieren angepasst werden und nicht umgekehrt. Bei allen Fördermaßnahmen im Stallbau müssen hohe Tierwohl-Kriterien Bedingung sein. Deshalb wollen wir den Bau von intelligent gestalteten Ställen unterstützen. Hierdurch werden die Anforderungen des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes sowie ein hohes Tierwohlniveau und die Arbeitsbedingungen und Gesundheit der Tierhalter*innen gleichermaßen beachtet. Wir wissen, dass die Haltungsform Auswirkungen auf die Emissionen (Methan und Ammoniak) haben kann. Eine deutliche Verringerung der Emissionen ist daher essentiell für die Gesundheit von Menschen und Tier sowie den Zustand unserer Ökosysteme. Unser Ziel ist es, mit einheitlichen Prüf- und Zulassungsverfahren für Ställe und technische Stalleinrichtungen langfristig planungssichere Standards für die Landwirtinnen und Landwirte vorzugeben.

Bei der Ansiedlung, Modernisierung und dem Neubau von Tierhaltungsanlagen müssen die Menschen vor Ort über die Vorhaben besser informiert und eingebunden werden. Nur durch eine stärkere gesellschaftliche Mitbestimmung bei Tierwohl und Umweltstandards wird die Akzeptanz der Nutztierhaltung in Deutschland wieder steigen.

16. Wird Ihre Partei ein Projekt „Grundwasserschutz durch den ökologischen Landbau“ anstoßen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Antwort:

Der Gewässer- und Bodenschutz hat für uns höchste Priorität. Um der Nitratbelastung des Grundwassers entgegenzuwirken, muss auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten. Dabei

setzen wir darauf, gemarkungsbezogen auf örtliche Probleme zu reagieren und nach dem Verursacherprinzip vorzugehen. Das ist auch für die Landwirtinnen und Landwirte praxistauglich. Wir setzen uns vor diesem Hintergrund dafür ein, das Messstellennetz in besonders belasteten Gebieten stetig weiterzuentwickeln und auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu überprüfen. Uns ist es wichtig, die Ziele des Gewässer- und Bodenschutzes und die Belange der Landwirtschaft in Einklang zu bringen. Das bisher erfolgreich arbeitende Programm „Gewässerschonende Landwirtschaft“ werden wir beibehalten, auch im Sinne der ökologisch arbeitenden Landwirtinnen und Landwirte.

17. Wird sich Ihre Partei für eine Weidetierprämie einsetzen?

Antwort:

Die SPD-Fraktion hat sich bereits im letzten Jahr für die Einführung einer Weidetierprämie eingesetzt, die zum aktuellen Haushaltsjahr auch erfolgreich auf den Weg gebracht werden konnte.

18. Welche Haltung nimmt ihre Partei bei der Rückkehr mit den großen Beutegreifern ein??

Antwort:

Eine Ansiedlung des Wolfs als hier ursprünglich heimischem Raubtier halten wir grundsätzlich für möglich; Voraussetzung ist, dass dann mit Tierhaltern und Bürgerinnen und Bürgern einvernehmliche Lösungen gefunden werden. Dafür werden wir uns einsetzen. Eine Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht halten wir zunächst für nicht geboten. Es muss jedoch möglich sein, einzelne auffällige Tiere zu entnehmen, wenn dies erforderlich ist. Bei weiterer starker Zunahme der Population darf auch eine Bestandsregulierung kein Tabuthema sein.

19. Können Sie sich vorstellen, mehrere Öko-Modell-Regionen in Rheinland-Pfalz zu initiieren?

Antwort:

Das Beispiel anderer Bundesländer wie Bayern oder Hessen zeigt, dass Öko-Modellregionen eine sinnvolle Einrichtung sein können. Ob und wie diese auch in Rheinland-Pfalz unterstützt werden können, muss geprüft werden.

20. In welchem Ministerium will Ihre Partei zukünftig die Landwirtschaft und den Weinbau ansiedeln? Im Umweltministerium oder im Wirtschaftsministerium? Wird es hierbei wieder ein Zusammenführung mit dem Ökolandbau geben?

Antwort:

Grundsätzlich halten wir die Bearbeitung der Bereiche konventioneller und ökologischer Landwirtschaft in einem gemeinsamen Ressort für sinnvoll. Die vergangene Legislaturperiode hat allerdings gezeigt, dass die Ansiedlung des Themas Ökologischer Landbau im Umweltressort ebenfalls gut funktioniert hat. Die für die kommenden fünf Jahre für Rheinland-Pfalz beste und zielführendste Lösung werde wir als SPD im Gespräch mit möglichen Koalitionspartnern erarbeiten.

21. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie die Verbände des Ökologischen Landbaus bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Agrar- und Ernährungspolitik einbinden bzw. deren Einbezug sicherstellen?

Antwort:

Unsere ambitionierten Ziele beim Klimaschutz können wir nur gemeinsam mit der Landwirtschaft erreichen. Gleichzeitig halten wir wie oben beschrieben den Klimawandel für die größte Herausforderung für unsere Landwirtinnen und Landwirte in Rheinland-Pfalz. Daher wollen wir einen Expertenkreis einrichten, der auf Dialog und Praxisorientierung setzt. Vertreter der Landwirtschaft, des Umweltschutzes, der Verbraucher, der Wirtschaft und des Tierschutzes können so im gemeinsamen Austausch einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen und den gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen erreichen. Vertreterinnen und Vertreter der Ökologischen Landwirtschaft können und werden darüber hinaus in vielen Bereichen der Landwirtschafts- und Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz eingebunden werden: vom Gewässer- und Bodenschutz über den Erhalt der Artenvielfalt hin zu mehr Bioprodukten bei der Gemeinschaftsverpflegung. Die geplante weitere Steigerung des Anteils von Ökologischem Landbau in Rheinland-Pfalz können wir nur gemeinsam mit den ökologisch wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten erreichen; auf diese Zusammenarbeit setzen wir.